

## Kommentar

Clemens Studer  
Stv. Chefredaktor

clemens.studer@ringier.ch

## Die Schweiz lernt

Es war eine Zangengeburt. Das Kind sieht zwar ein bisschen zerkrüppelt aus – aber es ist gesund und munter.

Die Schweiz wird den USA künftig auch auf Gruppenanfragen eine Antwort geben, wenn die US-Behörden beschreiben, nach welchem Muster verdächtige Steuerbetrüger bei ihrer Tat vorgegangen sind. Im Vorfeld der Debatte im Nationalrat hat der Bundesrat sich unmissverständlich zu einer Weissgeld-Strategie ohne Hintertürchen bekannt.

**Klar ist: Die europäischen Länder** wollen sich nicht schlechter behandeln lassen als die Amerikaner. Das vorliegende Steuerabkommen mit Deutschland ist so tot, wie es BLICK schon vor Monaten geschrieben hat. Und die EU wird noch energischer dafür besorgt sein, dass die ihren Mitgliedsländern geklauten Gelder aus den Schweizer Tresoren ans Licht kommen.

**Denn die unter den Lasten** der Finanzkrise ächzenden Staaten haben schlicht keine Lust mehr, sich von ihren Steuerbetrüger unter gütiger Mithilfe der Schweizer Finanzindustrie auf der Nase rumtanzen zu lassen.

**Kluge Banker haben das längst** erkannt. Noch sprechen nicht alle so offen wie der intelligente Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz. Aber der darf sich das jetzt ganz besonders leisten, nachdem er mit seinen braven Genossenschaftlern dem Besserwisser-Banker Konrad Hummler den mutmasslich sauberen Teil dessen Wegelin-Bank abgekauft hat.

**Es werden noch einige** Zangengeburt folgen, bis sämtliche Altlasten der vergangenen Jahrzehnte erledigt sind. Aber die Schweiz lernt. Und was man mit Mühe lernt, bleibt besonders gut haften.

## Börse & Devisen

SMI	6153.9 (+0.1%) ↗
DOW JONES	12 962.8 (-0.1%) ↘
EURO/CHF	1.21 →
USD/CHF	0.91 →
GOLD	50 006 Fr./kg ↘
ERDÖL	123.66 \$/Fass →

## MANAGER DES TAGES

### Wen Jiabao (69)

Chinas Ministerpräsident erschreckte gestern die Finanzmärkte mit pessimistischen Tönen. An der Jahrestagung des Volkskongresses in Peking beschrieb Jiabao das bislang rasante Wirtschaftswachstum als «unausgewogen» und «nicht aufrechtzuerhalten». Für 2012 plant China lediglich ein Plus von 7,5 Prozent.



Foto: AP

# Russen-Demo gegen Schu



Fotos: AFP, Reuters

«Russland ohne Putin», skandieren die Leute auf dem Puschkinplatz in Moskau.

**Moskau** – Mit fast zwei Dritteln der Stimmen wurde er gewählt: der einstige und wiedergekehrte Präsident Russlands, Wladimir Putin (59). Vor allem auf dem Lande war die Wahl eine klare Sache. Für die Städter ist etwas anderes klar: Das offizielle Resultat von 63,65 Prozent erreichte der Kreml nur durch Schummelei. Wie schon bei den Parlamentswahlen im Dezember. Damals gab es tagelang Proteste auf Moskaus und St. Petersburgs Strassen. Gestern kehrten die Demonstranten zurück: Tausende Menschen versammelten sich ab 19 Uhr Ortszeit auf dem Moskauer Puschkinplatz. Die Polizei sprach von 14 000 Demonstranten, oppositionelle Medien von 22 000. Sie riefen «Russland ohne Putin» und «Tschurow in den Ruhestand». Innenminister Wladimir Tschurow wird hauptsächlich verantwortlich gemacht für die Fälschungen. Die Wahlbeobachter des Europarats stimmen dem Urteil der Opposition zu. «Diese Wahl verlief nicht fair», sagte eine Diplomatin. In jedem dritten Wahllokal hätten die Be-

## Nationalrat stimmt Steuerabkommen mit USA zu

# Schweiz wird weisser

Das Parlament sagt Ja zu grosszügigerer Amtshilfe im Kampf gegen US-Steuerhinterzieher.

Von Henry Habegger

**D**ie Wogen gingen noch einmal hoch gestern Abend. «DBA-Zusatz trotz Affentheater der SP und Trauerspiel der SVP angenommen», giftelte die FDP nach geschlagener Schlacht.

Die SP, die dem Bundesrat in den letzten Wochen ein Bekenntnis zum Weissgeld abgerungen hatte, sah sich indessen als Sieger: «SP bereitet den Weg für einen sauberen Finanzplatz», kommentierte die Parteizentrale.

Kurz zuvor hatte der Nationalrat mit 110 zu 56 Stimmen bei 14 Enthaltungen dem Zusatz zum US-Steuerabkommen zugestimmt. Damit steht der Lockerung des Bankgeheimnisses gegenüber den USA nichts mehr im Weg. Die USA erhalten künftig von der Schweiz beim Verdacht auf Steuerhinterziehung auch bei Gruppenanfragen Amtshilfe. Also auch dann, wenn die Namen der Steuer-

hinterzieher nicht bekannt sind. Es genügt, wenn die USA Verhaltensmuster beschreiben, die auf Steuerhinterziehung hindeuten. Zudem braucht es aktives schuldhaftes Verhalten der betroffenen Banken.

Die Nein-Stimmen kamen fast alle von der SVP. Die Partei zeigte sich zwar entgegen früheren Verlautbarungen bereit,

«Wenn die Lösung vorliegt, setzen wir das Abkommen in Kraft.»

Eveline Widmer-Schlumpf, Bundespräsidentin

dem Zusatz zuzustimmen. Aber nur, wenn im Bundesbeschluss festgeschrieben worden wäre, dass der Bundesrat das Abkommen erst in Kraft setzen darf, wenn eine Gesamtlösung mit den USA für alle Banken steht. «Wenn schon ein Kniefall, dann nur gegen eine Gesamtlösung», verlangte SVP-Nationalrat Caspar Baader.

CVP-Chef Christophe Darbellay wehrte sich gegen «dieses Misstrauensvotum» an den Bundesrat. Dieser hatte gesagt, dass

er das Abkommen erst in Kraft setzen will, wenn mit den USA eine Vereinbarung steht.

«Sie werden sehen, dass die Lösung vorliegt im Moment, wo wir das Inkrafttreten beschliessen», bekräftigte Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf gestern. Es gebe aber «nicht einfach eine Lösung, ein Abkommen», sondern ein Paket. Ziel sei zuerst eine Sonderlösung für die elf Banken, die derzeit im Visier der US-Justiz stehen. Dann eine Gesamtlösung für alle rund 300 Schweizer Banken.

Die Ratsmehrheit wollte der Regierung die nötige Verhandlungsflexibilität lassen. Und war nicht bereit, der SVP eine Eselsbrücke zum Ja zu bauen. Diese Kröte müsse die SVP selbst schlucken, sagte Hilde Fässler (SP) ungerührt, wenn nicht, spiele das auch keine Rolle.

So ist das Abkommen gegen US-Steuerhinterzieher ohne SVP unter Dach. Weiterer Streit ist programmiert. Die umstrittenen Gruppenanfragen sind derzeit nur den USA erlaubt, was sich aber bald ändert. Die OECD will sie zum Standard für alle erheben, und den wird die Schweiz übernehmen müssen.

## Männer bekommen 18,4% mehr Lohn



# Für Frauen morgen Silber

Erst ab 7. März haben Frauen für die gleiche Arbeit so viel verdient wie die Männer bereits Ende Jahr hatten.

**J**etzt muss es endlich vorwärtsgehen mit der Lohngleichheit», sagt die Berner BDP-Nationalrätin Ursula Haller. Frauen verdienen für die gleiche Arbeit noch immer im Schnitt 18,4 Prozent weniger als Männer. Und das, obwohl seit 1981 der Anspruch von Frau und Mann auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit in der Verfassung verankert ist, doppelt die Tessiner SP-Nationalrätin Marina Carobbio nach.

Ungerechnet heisst das, dass Frauen bis morgen arbeiten müssen, um für gleichwertige Arbeit denselben Lohn zu erhalten, den die Männer schon an Silvester 2011 erhalten haben. Deshalb findet morgen auch der von den «Business and Professional Women Switzerland» ins Leben gerufene «Equal Pay Day» statt.

«Machen wir in diesem Tempo weiter, wird es Lohngleichheit erst in 91 Jahren geben», empört sich Carobbio.

Gefordert sind primär die Unternehmen, sagt Franziska Teuscher, Nationalrätin (Grüne/BE) und Co-Präsidentin der Frauenkommission des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. «Löhne fallen nicht vom Himmel, Löhne werden gemacht.» Das überparteiliche Bündnis fordert die Unternehmen auf, bis 2014 die Löhne überprüfen zu lassen.

Bisher machten erst 20 Unternehmen bei einer solchen Überprüfung mit. Bundesrätin Simonetta Sommaruga zeigte sich bereits im vergangenen November enttäuscht darüber, dass es nur so wenige sind. «Lohngleichheit ist